

Annette Tietenberg

### »Bildersturm in Osteuropa«

Tagung des Deutschen Nationalkomitees von ICOMOS und des Instituts für Auslandsbeziehungen (18.-20. Februar 1993)

»Wenn ein Herrschaftssystem verfällt oder gestürzt wird, verlieren die von ihm geschaffenen Denkmäler, so weit sie der Legitimation und Festigung des Herrschaftssystems dienen, grundsätzlich ihre Existenzberechtigung«<sup>1</sup>, konstatierte die vom Berliner Senat eingesetzte »Kommission zum Umgang mit den politischen Denkmälern der Nachkriegszeit im ehemaligen Ost-Berlin«. Von künstlerischer, städtebaulicher oder historischer Bedeutung ist zunächst nicht die Rede. Verlangt also jede politische Veränderung eine »Stunde Null« in Sachen Denkmalsetzung? Schon Friedrich Schiller führte vor Augen, daß sich Funktion und Bedeutung eines Symbols ändern, ja sogar in das Gegenteil verkehren können. Zwar erledigte Wilhelm Tell den verhaßten Landvogt Geßler in der hohlen Gasse bei Küßnacht, doch das Symbol seiner Diktatur überdauerte. Wohin also mit Geßlers Hut? »Zerstört das Denkmal der Tyrannenmacht! Ins Feuer mit ihm! Nein, laßt ihn aufbewahren! Der Tyranne muß' er zum Werkzeug dienen, er soll der Freiheit ewig Zeichen sein!«<sup>2</sup> Allerdings läßt es sich mit Hüten leichter leben als mit bronzenen, stadtbildprägenden Monumenten. Nicht nur in Berlin, wo die Kommission dem Senat im Februar ihre Vorschläge unterbreitete, wird zur Zeit darüber nachgedacht, was aus den Relikten, die von Kommunismus und Sozialismus zeugen, werden soll. In Ungarn, Rumänien, Polen, Estland, der Ukraine und Rußland werden Denkmäler gestürzt, bemalt, verpackt oder in Parks und Museen verbannt. Der »Bildersturm in Osteuropa« stand daher auf dem Tagungsprogramm des Deutschen Nationalkomitees von ICOMOS (Internationaler Rat für Denkmalpflege). Fachleute aus elf Staaten Mittel- und Osteuropas versammelten sich in der Russischen Botschaft Unter den Linden, wo sie die sakrale Raumwirkung der 1947 von A. Strishewsky entworfenen, stalinistischen Architektur am eigenen Leib erfahren konnten. Die farbigen Glasfenster des gigantischen Festsaales täuschen einen Blick auf den Kreml vor. Eine Uhr, inmitten der Kulisse zentral installiert, zeigte früher Moskauer Zeit an. Heute stehen ihre Zeiger still.

Von Moskau losgesagt haben sich auch die Staaten, die sich mit den Zeugnissen der kommunistischen Ära befassen müssen. Der aktuelle Umgang mit den Denkmälern ist jedoch weiterhin geprägt von den politischen Machtverhältnissen in der Vergangenheit. Dort, wo nationale Kultur jahrzehntelang brutal unterdrückt wurde, lösen die Denkmäler noch immer heftige Emotionen aus. Ohne Zögern werden die Siegeszeichen der Okkupanten, die brutale Unterdrückungsmethoden visualisierten, radikal abgeräumt. Wie Ants Hein (Tallinn) berichtete, ließ die estnische Regierung nach einer Welle der spontanen Empörung dreißig Moskauer »Geschenke« demontieren. Bogdan S. Tscherkes (Lwiw) bestätigte, daß auch in der

Ukraine die Monumentalpropaganda als massives diktatorisches Druckmittel aufgefaßt wurde. Wo Stalin Massenerschießungen vornehmen ließ und Hunger einsetzte, um den Willen zur nationalen Selbständigkeit zu brechen, überschwemmten unter Chruschtschow 4000 kolossale Lenindenkmäler das Land. Die massenhafte Präsenz der sowjetischen Denkmäler gehörte zu den Einschüchterungsmechanismen eines allgegenwärtigen Überwachungsstaates. Extrem hohe Sockel schützten die Monumente vor Attacken, die kolossale Größe signalisierte die Überlegenheit des autoritären Staates. In der Ukraine löste die Perestrojka eine sofortige Demontagewelle aus, so daß dort 1991 bereits kein Lenindenkmal mehr existierte. Auch die größere Version des Berliner Lenindenkmals, von Nikolai Tomski für Kiew entworfen, wurde 1991 in Einzelteile zerlegt und eingelagert. In der Zentralukraine ist der Zerstörungsprozeß noch im Gange. Mittlerweile hat er tagespolitische Bedeutung erlangt, denn dem drohenden Neobolschewismus soll der medienwirksame Abbau von Standbildern sowjetischer Zeit entgegnet werden. Der Glaube an die Überzeugungskraft von Denkmälern ist also ungebrochen, und folgerichtig werden trotz Wirtschaftskrise zur Zeit neue Monumente für ukrainische Nationalhelden errichtet.

Ganz anders ist die Situation in den Republiken Kroatien und Serbien, wo ein grausamer Krieg tobt. Verglichen mit den wertvollen Kulturgütern, die täglich vernichtet werden, stellt der Verlust von Relikten der sozialistischen Ära das kleinere Problem für Denkmalpfleger dar. Trophäenjäger erbeuten vor allem transportable Gedenktafeln und Figuren. Die großen Mahnmale und Gedenkstätten sind tabu, da sie heute noch als Zeichen des mehrfachen Widerstands gedeutet werden. Partisanenkämpfern wurden zumeist an authentischen Stätten Denkmäler gesetzt. Snjenska Knezevic (Zagreb) belegte mit Bildbeispielen, daß die Gedenkstätten auch formal erheblich von der sowjetischen Doktrin des Sozialistischen Realismus abweichen. Jugoslawien war vom Plan der allgemeinen Monumentalpropaganda ausgenommen, statt dessen entschied seit Ende der fünfziger Jahre eine unabhängige, aus Kunstkritikern bestehende Jury über die Denkmalsetzung. So konnten neuartige Gedenkformen entwickelt, abstrakte Tendenzen gefördert und Ideen der Konzeptkunst sowie Minimal Art berücksichtigt werden. 1961 entstand in Sibenik, einer Stadt an der Adriaküste, eine Gedenkstätte zur Erinnerung an 26 Kommunisten, die 1942 von Italienern an die Umzäunung eines Fußballplatzes gebunden und erschossen wurden. Der Bildhauer Kosta Angeli-Radovani und der Architekt Zdenko Kolacio nutzten die authentischen Pfeiler und die Größe des Fußballfeldes als Ausgangspunkt für eine Gedenkstätte. Ebenfalls von Kolacio stammt die Idee, kreisförmig angeordnete, weiße Marmorplatten in die Waldlandschaft einzufügen, um ein Zeichen für eine geheime Konferenz von Partisanen zu setzen. 1962 rief der Bildhauer Rajko Radovic in Podgora mit einer abstrakten Betonskulptur, deren Form einem gebrochenen Möwenflügel nachempfunden ist, die Gründung der Jugoslawischen Kriegsmarine im Jahre 1942 in das Gedächtnis. Den Petrova Gora (Petrusberg), der während des Zweiten Weltkrieges die Zentrale der Partisanen war, kennzeichnete Vojin Bakic durch eine monumentale Stahlskulptur, in deren Innenraum ein Museum des Widerstandes und Befreiungskrieges eingerichtet werden sollte. Heute befindet sich darin das Fernsehzentrum der selbsternannten serbischen Republik Krajina. Die meisten Staaten nähern sich dem Problem der politischen Denkmäler auf die gleiche Weise wie der Berliner Senat: Sie setzen Fachkommissionen ein, die über den künstlerischen und historischen Wert zu befinden haben.

Dimitrij C. Bubnovski (Minsk) wies darauf hin, daß in Weißrußland der schmerzliche Verlust des kulturellen Erbes heutige Generationen zur Vorsicht mahnt. Aus ideologischen Gründen wurden in der Nachkriegszeit zahlreiche Kirchen, Synagogen und Paläste abgerissen. Lediglich die Intelligenzija versuchte den Vernichtungsprozeß, der sich gegen alles richtete, was nicht mit der russischen Revolution zu tun hatte, aufzuhalten und mußte mit Repressalien rechnen. Um eine erneute Abrißwelle zu vermeiden, hat sich das weißrussische Parlament gegen den Abbau der kommunistischen Denkmäler ausgesprochen. Im November 1992 wurden Objekte gesetzlich unter Schutz gestellt, denen Historiker zuvor geistigen, ästhetischen und dokumentarischen Wert bescheinigt hatten.

Mangelnde künstlerische Qualität war hingegen ausschlaggebend dafür, daß im Mai letzten Jahres die Kriegerdenkmäler in Rußland von den Denkmallisten gestrichen, zu Baumaterial umfunktioniert und nicht einmal dokumentiert wurden. Da in Rußland eine einheitliche Regelung bezüglich der Denkmäler fehlt, liegt die Entscheidung im Einzelfall bei den Stadtbezirken. Während in Moskau die Skulpturen der kommunistischen Funktionäre in einem Horrorpark angeprangert werden, inventarisierten die Mitarbeiter des Historischen Museums von St. Petersburg im letzten Jahr die 124 Leninfiguren ihrer Stadt und machten Vorschläge zum jeweiligen Umgang. Wie Jurij Pirjutko (St. Petersburg) berichtete, wurden sogar Auflagenobjekte, im Schnellverfahren aus Gips oder Beton hergestellt, begutachtet. Das Gremium kam zu dem Ergebnis, daß die Mehrzahl der Standbilder in St. Petersburg aufgrund der städtebaulichen Einbindung am Ort zu erhalten sei. Fachkommissionen wurden in Ungarn erst mit der Veränderung nationaler und staatlicher Gedenkstätten beauftragt, als der Prozeß der Demontage bereits begonnen hatte. László Beke (Budapest) beobachtete, wie eine Leninstatue 1989, kurz vor dem Jahrestag der Revolution, zur Reparatur abtransportiert wurde. Anschließend wurde ein Wettbewerb zur Gestaltung des nunmehr freien Platzes ausgeschrieben. Von offizieller Seite hieß es, die Entscheidung habe keinerlei politische Gründe; die Restaurierung der Statue sei einfach zu teuer. In einer Nacht- und Nebelaktion verschwand das Standbild eines Polizisten, das, auf einem neobarocken Postament stehend, mit einem Verkehrsspiegel das Gebäude des Innenministeriums »bewachte«.

Im Alltag greifen Ungarn vielfach zum Mittel der ironischen Verfremdung. So wurde beispielsweise eine Leninfigur in Szombathely verhüllt und mit der Nationalflagge versehen. Eine gehörige Portion Humor erfordert auch der Entwurf von Akos Eleöd, der den ersten Preis im Wettbewerb zur Anlage eines Statuenparks erhielt. Im Juli 1993 wurden in Budapest vierzig unerwünschte Monumente um einen roten Stern aus Blumenrabatten gruppiert. Ginge es nach Eleöd, so wäre das Gesamtkunstwerk erst perfekt, wenn aus Lautsprechern Lieder und Märsche der Arbeiterbewegung dröhnten. Die Kunsthistorikerin Agnes Szöllössi, die mit der Organisation des Parks beauftragt wurde, verhinderte jedoch die akustischen Effekte.

In der Slowakei, wo bisher auf den massenhaften Abbau der Denkmäler verzichtet wurde, ist der vorgesehene »Platz der Monumente« zur Zeit nicht finanzierbar. Stefan Slachta (Bratislava) berichtete, daß spontane kommentierende Eingriffe an der Tagesordnung seien. Oft reiche ein wenig rote Farbe, um Klement Gottwalds bronzenes Ebenbild mit blutigen Händen zu kennzeichnen.

Im Rundumschlag handelte Kirill Razlogov (Moskau) unter dem Motto »Zurück nach vorn« den kultischen Charakter der Denkmalsetzung ab. Zwar sei die

Symbolik in Rußland mehrfach hysterisch gewechselt worden, mittelalterliches Denken dominiere jedoch nach wie vor. Hammer und Sichel hätten lediglich vorübergehend Kreuz und Halbmond abgelöst, jetzt habe die orthodoxe Kirche ihren Platz zurückerobert und strahle ihre Gottesdienste sogar über das Fernsehen aus. Die Ikonengläubigkeit, die die Basisstruktur der KPDSU gewesen sei, übertrage sich heute auf Werbetafeln von Coca Cola und McDonald's.

Die gesamte Tagung krankte daran, daß fundierte Einzelanalysen fehlten und sich die Teilnehmer mit längst bekannten, globalen Statements zufriedeln gaben. Darüber hinaus zeichneten sich beängstigende nationale und antisemitische Tendenzen ab. Über den Diskussionsstand der Leipziger Tagung »Der Fall der Denkmäler«, die das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (Essen) und die Forschungsstelle Leipzig vor einem Jahr organisierten, gingen die meisten Referate nicht hinaus. Positive Ausnahmen stellten die Beiträge von Monika Flacke (Berlin) und Gabi Dolff-Bonekämper (Berlin) dar, die die Entstehungsgeschichte einzelner Objekte untersuchten und Rezeptionsanalysen wagten. Monika Flacke befaßte sich mit dem ersten Lenindenkmal, das in Deutschland aufgestellt wurde. Die Statue war 1943 als Kriegsbeute von Puschkin nach Eisleben geschafft worden.

Gabi Dolff-Bonekämper lieferte eine spannende ikonographische Untersuchung des Interbrigadisten-Denkmal von Fritz Cremer in Berlin-Friedrichshain. Bezeichnenderweise gibt es in den alten Bundesländern keine Plastik, die an den spanischen Bürgerkrieg erinnert. Das Thema blieb der DDR vorbehalten, die jedoch kein pathetisches Heldendenkmal in Auftrag gab. Cremers Skulptur, die Motive in Picassos »Guernica« aufgreift, vermittelt anschaulich Fakten über den Einsatz und die Niederlage der Interbrigadisten. Ihre militärische Unterlegenheit, die in der ihnen zur Verfügung stehenden veralteten Kriegstechnik begründet lag, symbolisierte Cremer durch die Verwendung eines Schwerts. Die Figur eines Stürzenden, der dennoch zum Kampf bereit zu sein scheint, drückt in ihrer Ambivalenz die Unmöglichkeit der Interbrigadisten aus, wirkungsvoll zu agieren. Gabi Dolff-Bonekämpers Beitrag machte deutlich, was dafür spricht, die Denkmäler in ihrem räumlichen Kontext zu erhalten. Nur hier können sie hinterfragt und durchdacht werden, nur hier geben sie Auskunft über historische, politische und künstlerische Zusammenhänge.

Kritische Analysen wünscht sich auch die Berliner Fachkommission, deren Ergebnisse Hubert Staroste (Berlin) zusammenfaßte. Die Kommission setzt sich für den Erhalt der meisten Berliner Denkmalanlagen aus DDR-Zeiten ein. Sie fordert die Sicherung des Marx-Engels-Forums, der Richtkrone in Marzahn und der Gedenkstätten für Antifaschisten, wo Kommentierungstafeln Aufklärung leisten sollen. Von Sensibilität zeugt der Vorschlag, das Fučik-Denkmal in Pankow und das Deutsch-Polnische Denkmal in Friedrichshain gemeinsam mit Experten aus den beteiligten Ländern zu beurteilen. Die Anregung, die substantiell zu den Standbildern gehörigen Aufmarsch- und Appellplätze zu entsiegeln, ignoriert hingegen den Funktionszusammenhang und die inszenatorische Dramaturgie der Denkmalanlagen.

Der Abriß der Thälmann-Bronze, die im Gegensatz zur bereits entsorgten Berliner Leninstatue gar kein gesetzlich geschütztes Denkmal ist, wurde mit nur einer Gegenstimme empfohlen. Bei der Neuplanung des Areals sollen frühere künstlerische Vorschläge berücksichtigt werden. Eine Wiedergutmachung an Künstlern, deren Entwürfe zu DDR-Zeiten abgelehnt wurden? Vor allem wurde die Chance ver-

tan, die gesamte Berliner Denkmallandschaft zu beleuchten, denn die »Kommission zum Umgang mit den politischen Denkmälern der Nachkriegszeit« erhielt lediglich den Auftrag, sich mit den Objekten im ehemaligen Ost-Berlin zu befassen. Eine kaum beachtete Variante des Kalten Krieges, das »Wettrüsten« im Bereich der Denkmäler, wird somit weiterhin ignoriert.

1 Unveröffentlichter Bericht der Kommission, 1993, S. 6.

2 Schiller, Friedrich: Wilhelm Tell, Sämtliche Werke, Bd. 7, Stuttgart 1977, Vers. 2917-2924.